

Corona-Krise trifft arme und benachteiligte Kinder weltweit besonders hart und gefährdet ihre Zukunft

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen aktuell und in Zukunft weltweit eine existenzielle Gefahr für die Gesundheit, den Schutz und die Entwicklung von Kindern dar.

Kinder machen rund ein Drittel der Weltbevölkerung aus (drei Milliarden Kinder unter 18 Jahren). Auch wenn zurzeit Kinder und Jugendliche – soweit wir bis heute wissen – nicht schwer an COVID-19 erkranken, müssen Hilfsmaßnahmen und Rettungspläne die Belange von Kindern dringend einbeziehen. Denn die Corona-Krise und der damit verbundene Zusammenbruch der Wirtschaft in vielen Teilen der Welt gefährden die Grundversorgung der ärmsten Kinder akut und in Zukunft: Arme Familien, die sich bisher mit ungesicherten Jobs über Wasser halten konnten, haben seit Wochen kein Einkommen mehr. Viele Regierungen können die Bürgerinnen und Bürger ihres Landes kaum unterstützen, denn ihnen fehlen die Mittel, um flächendeckend wenigstens Nahrungsmittel zu verteilen und grundlegende medizinische Versorgung sicher zu stellen.

Für arme und benachteiligte Kinder – Mädchen und Jungen in den am wenigsten entwickelten Ländern, in Konflikt- und Krisengebieten, in Flüchtlingslagern, auf der Straße, ohne elterliche Fürsorge – bedeutet die Corona-Krise schon heute Mangelernährung, Hunger und zunehmende Gewalt. In allen Ländern der Welt sind Kinder durch die Schließung von Schulen und Hilfseinrichtungen einem stärkeren Risiko von häuslicher Gewalt und Missbrauch ausgesetzt.

Fortschritte, die in den letzten Jahrzehnten für Kinder erzielt wurden, drohen zunichte gemacht zu werden, etwa wenn Kinder nicht wieder in die Schulen zurückkehren, weil sie arbeiten und zum Familieneinkommen beitragen müssen.

Die Kinderhilfsorganisationen ChildFund, Plan International, Save the Children, SOS-Kinderdörfer weltweit, terre des hommes und World Vision appellieren deshalb dringend an die Bundesregierung, zusätzliche Mittel für Entwicklungs- und Nothilfe zur Verfügung zu stellen und insbesondere die Belange von Kindern zu berücksichtigen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die schwächsten und schutzbedürftigsten Kinder jetzt allein gelassen werden.

Die für Kinder grundlegende und besonders wichtige Infrastruktur sozialer Grundversorgung muss jetzt aufrechterhalten und in Zukunft deutlich stärker ausgebaut und gefördert werden: Die Pandemie verdeutlicht einmal mehr, dass Gesundheitssysteme, die allen zugänglich sind, ausreichende und gesunde Ernährung und der Schutz vor Gewalt essentiell für alle Menschen sind. Kinder sind darauf noch wesentlicher angewiesen als Erwachsene.

1. Gesundheit und Ernährung

Die aktuelle globale Gesundheitskrise trifft arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders schwer:

- Millionen Kinder in armen Ländern leiden an Mangelernährung und Krankheiten, wodurch ihr Immunsystem geschwächt ist. Sie sind anfälliger für Infektionen als gesunde und gut ernährte Kinder.
- Kinder, die in überfüllten Elendsvierteln, informellen Siedlungen und Flüchtlingslagern leben, haben keine Chance, sich zu schützen: Sie können weder Regeln zur sozialen Distanzierung praktizieren, noch haben sie Zugang zu notwendigen sanitären Einrichtungen. Oft fehlt es an Grundlegendem wie Seife und fließendem Wasser.

In Entwicklungs- und Schwellenländern mit schwachen Gesundheitssystemen haben die ärmsten und am stärksten benachteiligten Kinder keinen ausreichenden Zugang zu medizinischer Grundversorgung. In Ländern und Regionen, in denen Konflikte herrschen, ist die Situation besonders gravierend. So haben in Afghanistan nur 30 Prozent der Bevölkerung Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, die innerhalb von zwei Stunden erreichbar sind. Frontlinien und Kämpfe machen die Versorgung von Menschen unmöglich. Heute leben 415 Millionen Kinder weltweit in Krisengebieten, 35 Millionen Kinder sind auf der Flucht oder wurden vertrieben.

- Neben gesundheitlicher Gefahren hat die Pandemie bereits jetzt gravierende Auswirkungen auf die Ernährungssituation von Millionen Menschen weltweit. Die Zahl der Menschen, die an Hunger und Mangelernährung leiden, droht massiv anzusteigen. Einerseits haben durch Lockdowns Millionen Familien ihr Einkommen verloren, andererseits können Bauern ihre Ernte nicht einbringen oder vermarkten. Die Versorgung mit ausreichend und gesunden Lebensmitteln ist für viele Familien noch unsicherer geworden.
- Es zeichnet sich ab, dass durch die Folgen der Pandemie die extreme Kinderarmut massiv zunehmen wird. Laut UN-Angaben könnten durch die Auswirkungen der jetzigen Krise bis zu 66 Millionen Kinder in diesem Jahr in extreme Armut geraten – zusätzlich zu den geschätzten 386 Millionen Kindern, die bereits heute in großer Armut leben.
- Infolge der Pandemie werden viele Kinder ihre Eltern und Familienmitglieder verlieren und damit Unsicherheit und Hunger ausgesetzt sein.

2. Bildung und Schule

Zurzeit können ca. 1,3 Milliarden Schülerinnen und Schüler in Folge der Maßnahmen gegen das Virus keine Schule besuchen (UNESCO). Akut tragen die Schulschließungen zu Mangelernährung und Hunger bei, denn durch den Wegfall von Schulspeisungen verlieren viele Kinder die wichtigste, oft einzige Mahlzeit am Tag: Laut Angaben des Welternährungsprogramms sind davon im Moment mindestens 365 Millionen Kinder betroffen.

Es steht zu befürchten, dass in ärmeren Ländern viele Mädchen und Jungen den Anschluss an Bildung komplett verlieren und gar nicht mehr in die Schule zurückkehren werden. Das hätte weitreichende

negative Konsequenzen für die persönliche Entwicklung, die Perspektiven für würdige Arbeit und Existenz sichernde Einkommen und das Armutsrisiko:

- Vor allem Mädchen müssen kleinere Geschwister betreuen oder Haushaltsarbeit übernehmen.
- Kinder müssen arbeiten, um Schulden abzutragen, die während der Ausgangssperren gemacht wurden, um Lebensmittel zu kaufen oder Gesundheitskosten zu tragen.
- Die Gefahr steigt, dass die Zahl der Kinderehen und Zwangsverheiratungen zunimmt, weil arme Familien ihre Töchter aus materieller Not früh verheiraten, um sie versorgt zu wissen.

Besonders gefährdet sind ohnehin benachteiligte Gruppen wie arme und vernachlässigte Kinder, Mädchen, geflüchtete Kinder, Kinder in Krisen- und Konfliktkontexten, Kinder, die ohne Eltern aufwachsen sowie Kinder mit Behinderungen. Die Erfahrung aus früheren Krisen wie während des Ebola-Ausbruchs in Westafrika zeigen, dass es infolge von Schulschließungen zu einem Anstieg von Kinderarbeit, Zwangsverheiratung, Vernachlässigung, sexuellem Missbrauch und Teenagerschwangerschaften kommt.

3. Schutz vor Gewalt

Durch die Pandemie sind vielfach Belastungen und Stressfaktoren für Familien weltweit entstanden und plagen Kinder: Die Angst vor der Krankheit, die Umstellung des Alltags und das enge und dauerhafte Zusammenleben auf oft kleinstem Raum durch Quarantänemaßnahmen, Ausgangssperren und Schulschließungen, der Verlust der Kontakte zu Spielkameraden und Freunden, Existenzängste der Eltern aufgrund des Wegbrechens von Einkommen und Perspektive, Krankheit und möglicherweise Tod von Familienmitgliedern und Angehörigen. Das Risiko von Vernachlässigung, Gewalt in der Familie und sexuellem Missbrauch ist hoch. Durch die Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen können Kinder sich kaum Hilfe holen und sind von sozialen Hilfsangeboten und Kinderschutzprogrammen ausgeschlossen.

Joining Forces empfiehlt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dringend:

Angesichts der globalen Krise muss die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dringend Maßnahmen zum Schutz von Kindern während der Corona-Pandemie ergreifen: Kinder brauchen ausreichend und gesunde Nahrung, angemessene Versorgung, Gesundheit, Bildungs- und Spielangebote sowie Schutz vor Gewalt. Mädchen und Jungen aller Altersgruppen brauchen Hilfe, um mit den psychologischen Auswirkungen der Krise umgehen zu können.

Es ist richtig, dass das BMZ als ersten Schritt ein Sofortprogramm zur Unterstützung von Entwicklungsländern in der Corona-Pandemie auflegt. Das **BMZ-Maßnahmenpaket lässt jedoch spezifische Maßnahmen für Kinder bisher schmerzlich vermissen**. Die Bundesregierung muss hier dringend nachsteuern und die besondere Situation von Kindern berücksichtigen. Zudem dürfen Umschichtungen innerhalb des laufenden BMZ-Etats nicht dazu führen, dass bereits geplante Maßnahmen zum Schutz und dem Wohlergehen von Kindern nicht durchgeführt werden.

Die Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie sind auch perspektivisch eine Gefahr für den Schutz und die gesunde Entwicklung von Kindern. Es ist richtig, dass Bundesminister Müller zusätzliche Maßnahmen und Mittel des Bundes für ein Verstärkerprogramm anstrebt, um die langfristigen Auswirkungen dieser globalen Pandemie zu bekämpfen. Diese **Programme und Maßnahmen müssen auch den Schutz und die gesunde Entwicklung von Kindern zum Ziel haben.**

Um der akuten Bildungskrise zu begegnen und langfristige Konsequenzen abzufangen, muss die **Förderung der Bildung und besonders der Grundbildung** für alle Kinder ein zentraler Aspekt der unmittelbaren Corona-Maßnahmen sowie der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit sein. Die deutsche Entwicklungspolitik kann einen entscheidenden Beitrag leisten, indem neben der bilateralen Zusammenarbeit, etwa zur Förderung von Mädchenbildung, die multilaterale Kooperation über die *Global Partnership for Education (GPE)* und *Education Cannot Wait (ECW)* verstärkt gefördert und über die bereits zugesagten Mittel hinaus finanziert werden. Das würde den Partnerländern eine sichere Gegenfinanzierung ihrer laufenden Bildungsinfrastruktur sichern und die Implementierung wichtiger Maßnahmen zur Minderung der Bildungskrise ermöglichen.

Durch den Verlust der Existenzgrundlagen von Familien, den Verlust von Eltern- und Familienangehörigen sind Maßnahmen zum Schutz, zur Betreuung und Unterstützung von bedürftigen Kindern zwingend notwendig.

Joining Forces ist eine Initiative der sechs weltweit größten Kinderhilfsorganisationen Child Fund Alliance, Plan, Save the Children, SOS-Kinderdörfer, terre des hommes und World Vision. Gemeinsam setzen sich die Organisationen dafür ein, dass die Rechte von Kindern weltweit verwirklicht werden.

Mai 2020

Ansprechpartner:

Child Fund: Jörn Ziegler, ziegler@childfund.de, 07022 - 92 59 30

Plan: Esther Rüden, esther.rueden@plan.de, 0151 168 25 311

Save the Children: Anna Wasiak, anna.wasiak@savethechildren.de, 0 30 27 59 59 79 809

SOS-Kinderdörfer weltweit: Dr. Christian Neusser, christian.neusser@sos-kd.org, 0152 546 777 79

terre des hommes: Barbara Küppers, b.kueppers@tdh.de, 0171 5724361

World Vision: Antje Lüdemann-Dundua, Antje.Luedemann-Dundua@wveu.org, 0151 426 70240